Holetschek fordert Apothekenreform des Bundes – Bayerns Gesundheitsminister unterstützt Forderungen der Apotheken bei Honoraren und Preisen – Bundesregierung muss Arzneimittelproduktion stärken

27. September 2023

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek unterstützt die Apothekerinnen und Apotheker anlässlich ihres bundesweiten Protesttags bei der Forderung an die Bundesregierung nach einer besseren Vergütung. Der Minister informierte sich am Mittwoch in der Oberen Apotheke in Dachau über die Positionen der Verbände sowie über die aktuelle Lage bei der Arzneimittelversorgung.

Holetschek betonte: „Die niedergelassenen Apotheken brauchen ein ausreichendes betriebswirtschaftliches Fundament, um eine hochwertige Versorgung zu gewährleisten. Dafür braucht es neue Finanzierungskonzepte. Das Bundesgesundheitsministerium sollte rasch eine Apothekenreform in Angriff nehmen, die die Preisgestaltung neu regelt und Anpassungsmechanismen schafft, um auf Inflation und Lohnsteigerungen zu reagieren."

Der Minister warnte: „Die Apothekerinnen und Apotheker kritisieren bei ihrem Protesttag zu recht, dass sie mehr als zehn Jahre lang ohne Anpassungen an die wirtschaftliche Entwicklung auskommen mussten. Gerade in Zeiten hoher Inflation wie jetzt ist das langfristig nicht mehr tragbar. Wenn Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach nicht aktiv wird, droht ein Apotheken-Sterben vor allem im ländlichen Raum."

Holetschek ging auch auf die jüngste Ankündigung Lauterbachs ein, flexiblere Voraussetzungen für Apotheken-Filialen zu schaffen. Er kritisierte: „Erleichterte Filialbildungen werden die betriebswirtschaftlichen Probleme der Apothekerinnen und Apotheker nicht lösen. Im Gegenteil sehe ich die Gefahr, dass inhabergeführte Apotheken es dadurch noch schwerer haben werden, weil die erleichterte Filialbildung vor allem Investoren anziehen wird. Dann hätten wir bei den Apotheken dieselbe Entwicklung wie schon jetzt bei den investorengetragenen medizinischen Versorgungszentren. Das lehne ich ab."

Maximilian Lernbecher, Stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Apothekerverbands und Inhaber der Oberen Apotheke in Dachau, sagte: „Wir sehen die wohnortnahe Arzneimittelversorgung über die Apotheken vor Ort massiv in Gefahr – immer mehr Apotheken schließen aufgrund des wirtschaftlichen Drucks, die Apothekenzahl befindet sich auf einem historischen Tiefstand. Es liegt ein Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz der Länder vor, die Vergütungssituation der Apotheken nachhaltig zu verbessern. Wir fordern den Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach auf, auf dieser Grundlage mit uns ernsthafte Gespräche zu führen, um die Missstände in den deutschen Apotheken konstruktiv anzugehen!"

Bundesweit bleiben am Mittwoch tausende Apotheken geschlossen. Die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände e. V. (ABDA) hat zu dem Protest aufgerufen, der den Deutschen Apothekertag in Düsseldorf flankiert. Zugleich beabsichtigt die ABDA dem Vernehmen nach Bundesgesundheitsminister Lauterbach beim Deutschen Apothekertag Fragen zur wirtschaftlichen Zukunft der Apotheken zu stellen.

Holetschek rief Lauterbach auf, die Sorgen der Apothekerinnen und Apotheker ernst zu nehmen und nicht – wie neulich im ARD-Morgenmagazin – mit der kritischen Lage der Arzneimittelversorgung zu vermischen. Holetschek sagte: „Das sind legitime Anliegen der Apothekerinnen und Apotheker, die das Fundament des flächendeckenden Apothekennetzes grundsätzlich betreffen. Die Vergütung hat nichts zu tun mit den aktuellen Versorgungsengpässen."

Der Minister kritisierte aber auch Lauterbachs kürzlich vorgestellten Fünf-Punkte-Plan für die Arzneimittelversorgung als substanzlos. Holetschek erklärte: „Der Plan bringt wenig Neues. Vieles davon haben wir in Bayern schon vergangenen Winter umgesetzt. Lauterbach hat bislang nur Ankündigungen gemacht. Nun wird es Zeit, dass Taten folgen. Denn von den Herstellern und Apotheken höre ich sehr wohl warnende Worte, dass die Arzneimittel-Versorgung im Herbst und Winter nicht so sicher ist wie Herr Lauterbach das immer darstellt."

Holetschek ergänzte: „Was ich bei Lauterbach bislang gänzlich vermisse, ist ein langfristiges Konzept, den Arzneimittelproduktionsstandort Deutschland zu stärken. Die Gesundheitswirtschaft ist eine Leitökonomie, bundesweit hängen daran knapp acht Millionen Arbeitsplätze, davon 1,2 Millionen allein in Bayern. In der Pharmabranche werden jährlich mehr als 400 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung erwirtschaftet, davon rund 64 Milliarden im Freistaat."

Der Minister bekräftigte: „Eine langfristig wirksame Lösung finden wir nur, wenn alle Akteure sich einbringen können und man miteinander spricht. Dafür sollte Lauterbach einen Pharmagipfel einberufen, bei dem er nicht nur einzelne Hersteller, sondern auch Verbände, Apothekerschaft und die Länder mit an den Tisch holt."

Holetschek betonte: „Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz haben dazu bereits am 11. September in einer Südschienen-Konferenz beraten und dringende Handlungsfelder und Maßnahmen ausgemacht. Ich wünsche mir, dass der Bundesminister das nicht als Kritik an seiner Arbeit versteht, sondern als konstruktiven Beitrag, um gemeinsam die Situation zu verbessern."

Der Minister sagte weiter: „Der sicherste Weg durch den Winter basiert vor allem auf Vertrauen. Daran muss Lauterbach jetzt arbeiten. Die Hersteller müssen der Politik vertrauen können, dass der Produktionsstandort Deutschland attraktiv bleibt. Und die Menschen müssen der Politik vertrauen können, dass sie alles dafür unternimmt, Lieferengpässe wie im letzten Jahr zu vermeiden."

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers